

## **Aktuelle Debatte der AfD „Asylmagnet abschalten - Missbrauch des Sozialsystems beenden“ am 29.10.2025**

Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, es überrascht nicht wirklich, anstatt über die wirklichen Herausforderungen im Freistaat zu sprechen, wie z.B. Transformation der Wirtschaft, Erhalt von Industriearbeitsplätzen, notwendige Investitionen in Infrastruktur oder Bildung und gern auch einer erfolgreichen Integration von Menschen und Migrationsgeschichte, nutzt die AfD ihre aktuelle Debatte dafür, einen seit Jahrzehnten widerlegten Mythos aus der Mottenkiste zu holen, die angebliche Sogwirkung, die deutsche Sozialleistungen auf Asylsuchende hätten. Und natürlich, so stellen sie ihn schändlicherweise wahrheitswidrig dar, dass Aufnahme, Unterbringung und Integration von Geflüchteten per se ein Missbrauch von Sozialleistungen sei.

Da sie ja aber bekanntlich wenig auf Fakten setzen, sondern lieber Fake News verbreiten, möchte ich hier kurz auf den wissenschaftlichen Konsens in der Migrationsforschung hinweisen. Demnach ist es eindeutig, dass nicht die Höhe der Sozialleistungen darüber entscheidet, ob Menschen auf der Suche nach Schutz vor Krieg und Elend zu uns fliehen, sondern vielmehr, wie demokratisch das Land ist, in das sie möchten, ob es vor Ort bereits Communities gibt, die das Ankommen erleichtern – ja, da sollten Sie mal zuhören – und wie die Aussicht auf Arbeit im Ankunftsland ist und die Chance, sich eine neue Existenz aufbauen zu können. Das gilt gerade auch für die Menschen aus der Ukraine.

Ein weiterer Fakt, den ich hier hinzufügen möchte, ist, dass bei der Gesamtheit der Menschen mit Migrationsgeschichte, die keine deutschen Staatsbürger sind, sie viel mehr über ihre gezahlten Steuern oder über Sozialabgaben zum Sozialsystem beitragen, als dass aus dieser Gruppe Leistungen empfangen werden. Das ist ein Fakt, den Sie auch gelegentlich verschweigen.

Als SPD stehen wir für eine verantwortungsvolle Migrationspolitik. Wir nehmen die faktischen Gegebenheiten als Grundlage an und ziehen daraus unsere politischen Schlüsse. Das Problem an der von Ihnen geführten Debatte ist aber bekanntlich, dass Sie das weder tun noch wollen, sondern dass Sie mit der Art pauschalen Behauptungen unsere Gesellschaft immer weiter spalten und auch spalten wollen. Und Sie verkennen, dass die Nutzung von sozialen Leistungen nach Gesetz kein Missbrauch ist, sondern individuelle Rechte in unserem sozialen Rechtsstaat.

Meine Damen und Herren, wenn wir uns schon mit spalterischen und pauschalisierenden Beiträgen in dieser Aktuellen Debatte beschäftigen, komme ich an einer anderen aktuellen Debatte nicht vorbei, der aktuellen Stadtbilddebatte. Bundeskanzler Merz hat mit seinen ungenauen Äußerungen und seinem Verweis auf „unsere Töchter“ in Gänsefüßchen pauschal rassistische und frauenfeindliche Narrative bedient. Ich hoffe darauf, dass es nur ein Lapsus war. Die Folgen dieser Äußerungen aber sind in jedem Fall fatal.

Die Verbindung von Einwanderung und nicht genauer benannten Problemen in unseren Städten und Quartieren rückt automatisch alle Menschen mit Migrationshintergrund in die Nähe von Kriminalität. Das ist pauschalisierend, diskriminierend und falsch. Die Folge dieser Diskussion ist, dass immer mehr Menschen mit Migrationshintergrund mit Feindseligkeit, Hass oder Gewalt konfrontiert werden, wie etwa vorgestern Abend in der Dresdner Straßenbahn geschehen. Egal, ob hier geboren oder aus der ersten Generation von Einwanderern, egal ob Studentinnen, Arbeitnehmer oder angeworbene Fachkraft, egal ob deutsche Staatsbürgerin, Arbeitsmigrant, anerkannter Geflüchteter oder geduldeter Mensch, alle sind davon betroffen, und das macht etwas mit diesen Menschen.

Das entsolidarisiert unsere Gesellschaft und es erzeugt den Anschein, dass unser Leben, dass unser Land eben nicht so weltoffen ist, wie es sein sollte, wie es sein muss. Es gab sofort starke Reaktionen aus der gesamten Gesellschaft auf die Stadtbildäußerung, und z.B. haben gestern mehr als 50 prominente Frauen unter dem Titel „Wir sind die Töchter Friedrich Merz“ einen offenen Brief dazu geschrieben und ihn aufgerufen, sich tatsächlich stärker für die Sicherheit von Frauen einzusetzen. Zu den zehn Kernforderungen gehören beispielhaft eine bessere Strafverfolgung bei sexualisierter und häuslicher Gewalt, eine bessere Beleuchtung in öffentlichen Räumen oder geschlechtsbezogene Morde an Frauen – Femizide – ins Strafgesetzbuch aufzunehmen. Schon das zeigt auf, wie unterkomplex und gefährlich die Äußerung von Friedrich Merz war.

Meine Damen und Herren, um eins klar zu sagen: Es läuft längst nicht alles gut in unseren Innenstädten oder bei der Integration. Wir müssen darüber reden, und darum gehe ich in der zweiten Runde auch näher auf diese Herausforderungen ein. Vielen Dank.

Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, ich will hier für die SPD ganz klar festhalten: Ja, natürlich gibt es Probleme in unseren Innenstädten, das ist nicht neu. Innenstädte ziehen Kriminalität und soziale Probleme gleichermaßen an. Beides korrespondiert oft miteinander und verstärkt sich gegenseitig. Auch bei der Migration und der Integration in unserem Land oder in unserer Gesellschaft läuft längst nicht alles gut. An diese Probleme müssen wir ran – doch ohne pauschal und diskriminierend alle Migrantinnen und Migranten abzuwerten, wie wir es heute schon wieder von der AfD gehört haben.

Als SPD setzen wir uns deshalb unter anderem dafür ein, dass wir uns den Problemzonen in unseren Innenstädten und Quartieren mit einem Rundumblick widmen, mit klugen Konzepten und der Kombination aus Prävention, Repression und städtebaulichen Maßnahmen. Gutes Beispiel ist ja die Citywache in Dresden, die da wirklich ein sehr hervorragendes Konzept hat. Wir setzen uns dafür ein, unsere Sicherheitsbehörden mit ausreichend personellen und materiellen Kapazitäten auszustatten, um vor Ort Präsenz zu zeigen und mögliche Straftaten konsequent verfolgen zu können.

Wir kämpfen dafür, dass es bei den wichtigen sozialen Aufgaben wie der Straßensozialarbeit oder der Jugendarbeit keine Abstriche gibt. Im Gegenteil: Es braucht in allen Stadtteilen ausreichend soziale Hilfsangebote, Orte des Gemeinwesens und bezahlbaren Wohnraum, damit mögliche Probleme oder Schieflagen vermieden oder abgebaut werden. Wir setzen uns auch für ausreichend Landesmittel für neue Konzepte kommunaler Kriminalprävention ein – für den 360°-Blick.

Im Bereich der Integration stehen wir dafür, Perspektiven für gut integrierte Menschen zu schaffen. Wir wollen ausreichende Integrations- und Sprachkurse und eine deutlich schnellere Integration in den Arbeitsmarkt, damit die zu uns kommenden Menschen schnell in unserer Gesellschaft ankommen können. Und um den offenen Brief „Wir sind die Töchter“ noch einmal aufzugreifen: Wir unterstützen die Forderung von Frauen nach mehr Gewaltprävention und strafrechtlichem Schutz, einer besseren finanziellen Absicherung von Hilfsangeboten und einer stärkeren Berücksichtigung der Opferperspektive bei staatlichen Prozessen.

Meine Damen und Herren, diese nur beispielhaften politischen Forderungen und Ziele der SPD benennen die Probleme in unserem Land konkret und zeigen Lösungsmöglichkeiten auf, ohne einzelne Gruppen zu diskriminieren und ohne sie auszuschließen. Wir bestehen auch darauf, die Migrationsdebatte so zu führen und wollen somit dazu beitragen, das solidarische Miteinander und den gesellschaftlichen Zusammenhalt in unserem Land zu stärken.

Meine Damen und Herren, wir haben in der Debatte gehört, dass erneut pauschal auf ganze Migrantinnen- und Migrantengruppen eingegangen wird, sie pauschal abgewertet werden und sie in den Kontext von Kriminalität gezogen werden. Das hilft uns überhaupt nicht weiter.

Und wenn die Präsidentin fragt, würde ich die Frage des Kollegen auch zulassen. Dann spricht am Mikrofon Herr Kollege Monzek an der 7: „Vielen Dank, Frau Präsidentin. Vielen Dank, Kollege Pallas. Sie sprachen ja vorhin von dem offenen Brief. Das hat mich jetzt gerade noch einmal bewogen, Ihnen die Frage zu stellen: Ich hatte gestern Abend Finanzausschuss in meiner Gemeinde. Wir sind fünf Dörfer, Flächengemeinde. Wir sind gestern Abend übereingekommen, dass die finanzielle Ausstattung für drei Straßenlampen reicht. Jetzt würde mich natürlich interessieren, aufgrund der Aktualität unseres Haushaltsplans, wie Sie uns helfen können durch Ihre Regierungsmitgliedschaft, dass wir natürlich unsere Straßen und den Schutz unserer Frauen besser, schneller gewährleisten können.“

Das ist interessant, Herr Kollege, dass Sie jetzt Ihre Frage dazu nutzen, um das Thema Ihrer Debatte sozusagen derartig noch einmal in eine andere Richtung zu bekommen. Aber ich antworte Ihnen gern. Wissen Sie, wenn Sie sich mal ein bisschen mit dem weiteren Blick, mit den Gegebenheiten, welche Unterstützungsmöglichkeiten für solche kommunalpräventiven Konzepte bestehen, beschäftigen, dann würden Sie erkennen, dass wir im Freistaat Sachsen schon einige Zeit über die Allianz sicherer sächsischer Kommunen Möglichkeiten haben, kleine und größere Gemeinden, abgestimmt auf ihre jeweiligen Probleme, dabei zu unterstützen, eben nicht nur mit dem Ruf nach Polizei sozusagen pauschal sicher zu machen, sondern mit dem 360°-Blick, wo Präventionsakteure zusammen mit der Polizei, mit Verwaltungen und weiteren Akteuren zusammenarbeiten, um sich einem Phänomen von allen Seiten zu widmen.

Jetzt kann man beispielsweise über Investitionsmittel nachdenken. Da müssen Sie mit dem Landkreis mal sprechen, was da geht. Vielleicht gibt es da über den Sachsenfonds Möglichkeiten, dass Sie eine weitere Laterne aufstellen. Also, ich kenne viele Beispiele, auch von kleineren Kommunen, die solche Unsicherheitsorte hatten, wo sich Menschen unsicher gefühlt haben. Da lag es nicht an Menschen mit Migrationshintergrund, sondern an ganz anderen Faktoren. Und das konnte man abstellen. Also möglicherweise lohnt sich da noch einmal ein genauer Blick.

Herr Kollege, ich bin an der Stelle jetzt auch am Ende meiner Ausführung, bedanke mich für die Aufmerksamkeit und wünsche mir für die Zukunft etwas sachlichere und auf Fakten orientierte Debatten. Vielen Dank.